



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Digitale Bildung in Bayern verlässlich fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auftretende Finanzierungsengpässe und -lücken im Bereich der digitalen Bildung umgehend geschlossen werden. Die Kommunen als Sachaufwandsträger müssen eine verlässliche Unterstützung bei der Bewältigung dieser zentralen Zukunftsaufgabe erhalten.

Um dies zu gewährleisten, sind insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der ab diesem Jahr verfügte Stopp des Landesprogramms Digitale Bildung schnellstmöglich zurückgenommen wird.
2. Es ist sicherzustellen, dass professionelle IT-Systembetreuerinnen und -betreuer an jeder Schule installiert werden können, deren Finanzierung der Freistaat übernimmt.
3. Sollten Schwierigkeiten bei der Bereitstellung von finanziellen Mitteln des Digitalpakts Schule auftreten, hat der Freistaat eine entsprechende Selbsteintrittsverpflichtung zur Überbrückung zu leisten.

Begründung:

Allen Beschwichtigungsversuchen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo zum Trotz gerät die Umsetzung der digitalen Bildung in Bayern immer mehr ins Stocken. Vor allem die Kommunen als Sachaufwandsträger fühlen sich zunehmend im Stich gelassen. So sieht der Bayerische Städtetag auch nach Inkrafttreten der Förderrichtlinie „digitale Bildungsinfrastruktur an bayerischen Schulen“ (dBIR) zum 1. August 2019 noch immer dringenden „Handlungsbedarf“ und stellt ernüchtert fest, dass die bisherigen Aussagen vom Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo hierzu – trotz wiederholter Bitte um Unterstützung – „wenig Anlass zur Hoffnung“ geben (Informationsbrief 9/2019).

Die SPD-Fraktion hatte in diesem Jahr ebenfalls bereits mehrere Vorstöße unternommen, um eine bayerische Offensive für digitale Bildung einzufordern, u. a. mit einem Änderungsantrag zum Doppelhaushalt 2019/2020 (Drs. 18/1949) und einem Antrag zur Etablierung professionellen Systempersonals an allen Schulen (Drs. 18/290).

Dennoch ist weiterhin unverändert festzustellen, dass die Staatsregierung sich bislang zwar verbal zu den anstehenden Aufgaben bekennt, die finanziellen Folgen jedoch weitgehend Bund und Kommunen überlässt. Der Bayerische Städtetag kritisiert beispielsweise: „Obwohl der Personalaufwand bei Schulen grundsätzlich Angelegenheit des Staates ist, schiebt dieser die Zuständigkeit auf die Kommunen als Sachaufwandsträger ab.“

Eine verlässliche Finanzierung der digitalen Bildung sowie die Sicherstellung von IT-Systembetreuerinnen und -betreuern an jeder Schule sind aus unserer Sicht dringend erforderlich, um diese zentrale Zukunftsaufgabe entscheidend voranzubringen.